Sperrfrist: Beginn der Haushaltsrede im Stadtrat

Stadtkämmerer Robert Scheller

Rede
zur Einbringung des
Haushaltsentwurfs 2022
am 21. Oktober 2021

Wie man aus der Krise wächst und Long Covid vermeidet

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben machen sich Erleichterungen der Corona Beschränkungen bemerkbar, vieles läuft fast wieder wie vor der Pandemie, trotz der immer noch notwendigen Hygiene- und Abstandsregelungen. Deutschland atmet etwas auf, auch wenn wir wissen, dass wir mit diesem Virus noch eine Zeitlang werden leben müssen.

Ähnlich ist es auch bei den städtischen Finanzen. Der Dienstbetrieb läuft in vielen Bereichen wieder weitestgehend normal, die Haushaltsstellen können bewirtschaftet werden, pandemiebedingte Sonderaufgaben sind weitgehend weggefallen und personelle Sondereinsätze konnten deutlich zurückgefahren werden.

Aus dem Schockjahr 2020 sind wir dank besonnenem und rechtzeitigem Handeln nicht einmal mit einem blauen Auge herausgekommen, sondern konnten insbesondere aufgrund der pandemiebedingten Minderausgaben und der enormen Gewerbesteuerkompensation i. H. v. 15,9 Mio. EUR sogar auf Kreditaufnahmen i. H. v. 7,4 Mio. EUR verzichten und gleichzeitig unsere Rücklage stärken.

Dies führte zu dem völlig unabsehbaren und - gemessen an der Situation - paradoxem Ergebnis, dass wir sowohl unseren Schuldenstand halten als auch unsere Rücklage aufbessern konnten. Zu Beginn des Jahres 2021 waren somit noch 45,3 Mio. EUR an Rücklagen vorhanden.

Im laufenden Haushaltsjahr 2021 waren davon 6,6 Mio. EUR als Entnahme zum Haushaltsausgleich eingeplant und wir haben in diesem Juli beschlossen, weitere 3,7 Mio. EUR zu entnehmen, um die Forderung unserer Tochter Stadtbau aus dem Rahmenplan Zellerau auszugleichen und damit gleichzeitig das Eigenkapital der Stadtbau so zu stärken, dass sie den zur Stabilisierung des Würzburger Wohnungsmarktes wichtigen Ankauf von 312 Wohnungen der Dawonia schultern konnte.

In diesem Haushaltsjahr liegen wir zwar bei der mit 85 Mio. EUR angesetzten Gewerbesteuer noch 5 Mio. EUR zurück. Bei den Gemeinschaftssteuern, der Einkommen- und Umsatzsteuer liegen wir nach Abrechnung des III. Quartals aber im Plan.

Insbesondere die Gewerbesteuer wird also 2021 ziemlich nahe am Vorjahresergebnis von 79,2 Mio. EUR liegen, aber noch weit entfernt vom Durchschnitt der vier Vorkrisenjahre 2016 bis 2019 mit ca. 93,6 Mio. EUR.

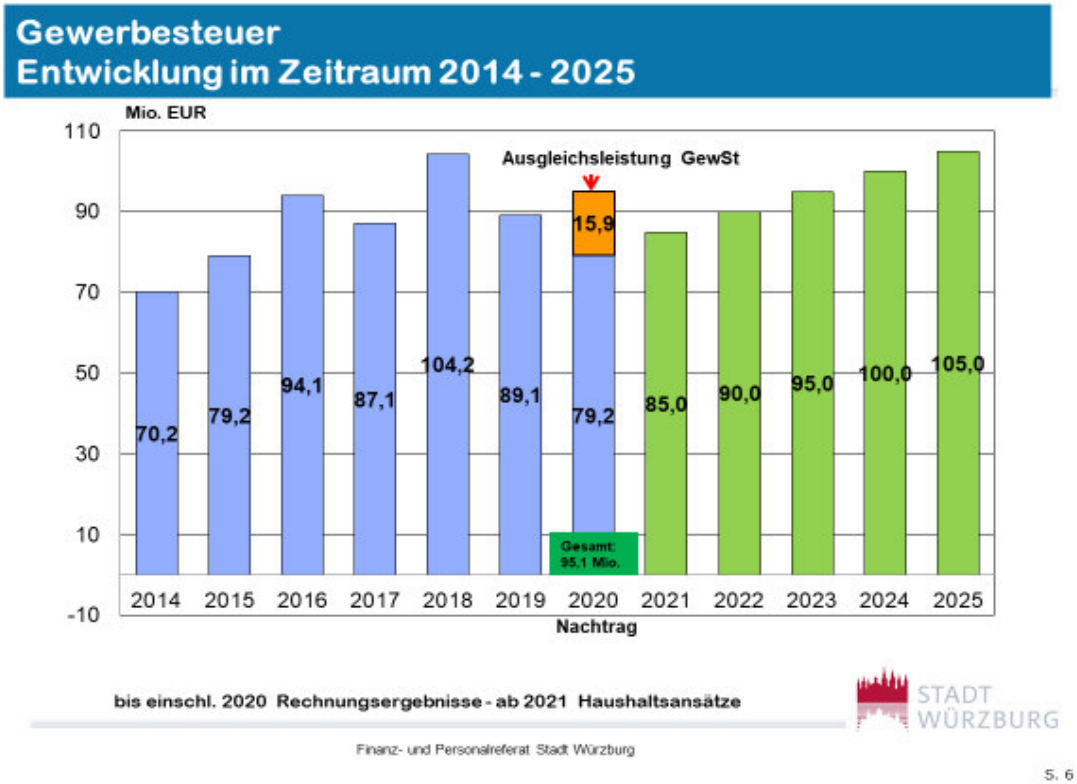
Wir sehen alleine an diesen Zahlen, dass wir insbesondere bei der Gewerbesteuer immer noch von den Betriebsschließungen, Lockdowns und Produktions- sowie Leistungsunterbrechungen der Pandemie geprägt sind.

Wie wir das Jahr 2021 abschließen, ist derzeit noch nicht absehbar. Wir gehen aber von einem positiven Jahresabschluss 2021 aus.

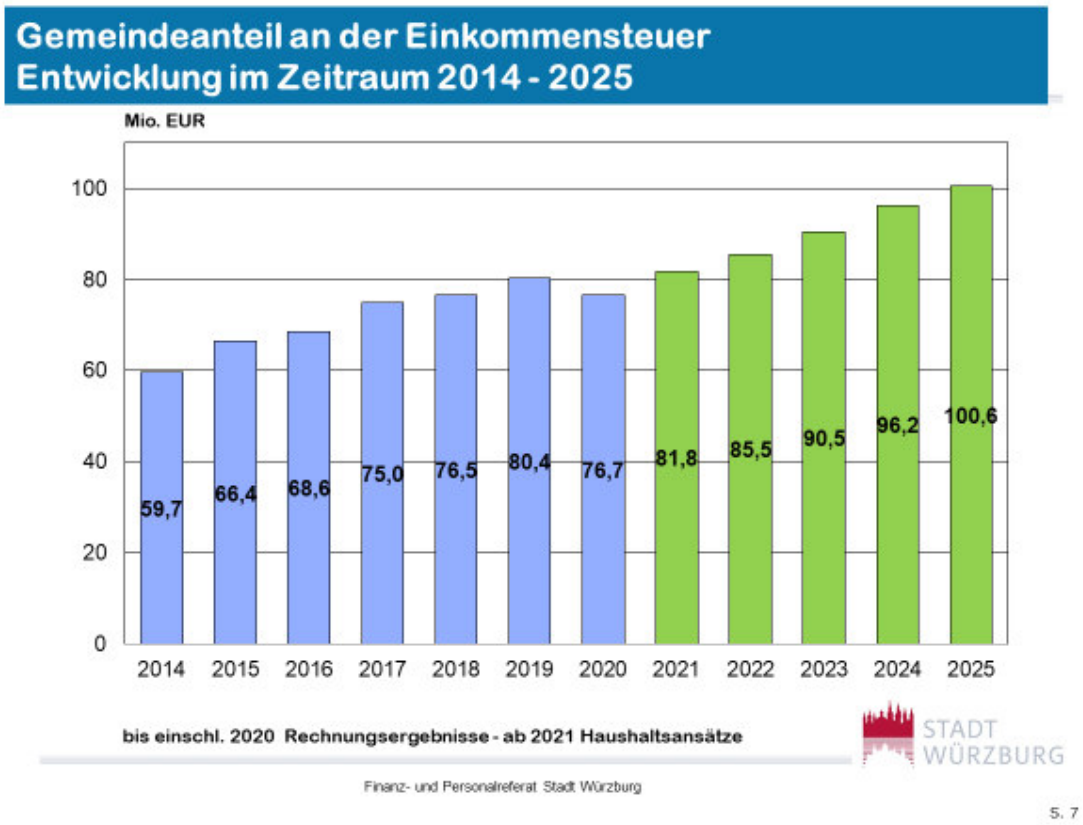
Wie sieht nun aber die Planung für 2022 aus?

Angesichts der sich nach den Prognosen der Wirtschaftsweisen aufhellenden Konjunktur, gehen wir mit einem Ansatz von 90 Mio. EUR bei der Gewerbesteuer vom Niveau des Vorkrisenjahres aus und schreiben diesen in der Finanzplanung mit einer Steigerung um 5 Mio. EUR jährlich fort, was am Ende, 2025, zu einer Einnahmeerwartung bei der Gewerbesteuer von 105 Mio. EUR führt.

Dabei möchte ich betonen, dass dies zwar ambitioniert, aber dennoch konservativer ist, als es die Steuerschätzung vom Mai vermitteln möchte.



Den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer haben wir, basierend auf einer Hochrechnung der abgerechneten ersten drei Quartale 2021 und den Steigerungsraten aus der Steuerschätzung vom Mai für das Jahr 2022 und die Finanzplanungsjahre ermittelt und kommen so für 2022 auf einen Planwert von 85,5 Mio. EUR, der damit deutlich über dem diesjährigen Wert mit 81,8 Mio. EUR liegt. Aus diesen Zahlen kann man bereits eine Verbesserung der Situation gegenüber dem Vorjahr ablesen.



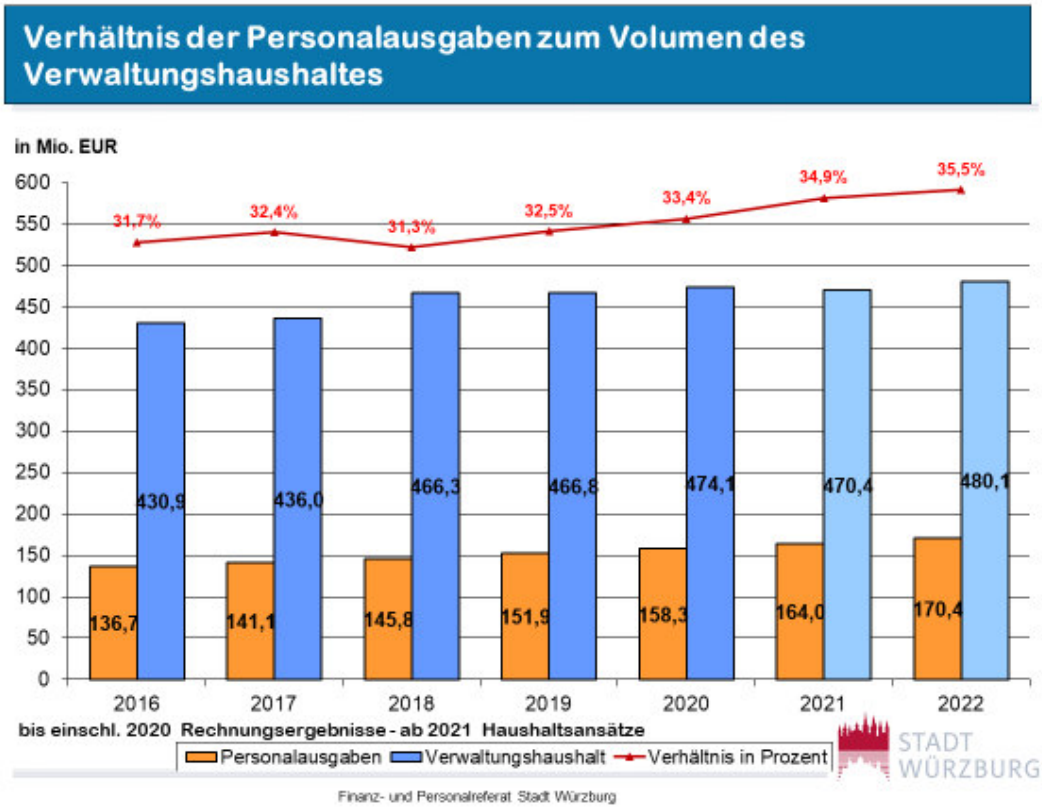
Den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer müssen wir niedriger ansetzen als in den Vorjahren und zwar nicht, weil wir von einem geringeren USt-pflichtigen Konsum ausgehen, sondern weil einfach der USt-Verbund durch den Wegfall der Erhöhungen aus der Flüchtlingskrise, dem Auffangen des Kinderbonus und der USt-Absenkung im letzten Jahr kleiner wird. Das bedeutet schlicht und ergreifend, dass der zu verteilende USt-Kuchen kleiner wird.

Bei den Schlüsselzuweisungen ist es den Kommunalen Spitzenverbänden gelungen, die Schlüsselmasse trotz auch für den Freistaat nicht einfacher Zeiten um 1,7 % und damit um rund 67 Mio. EUR zu erhöhen. Auch nach Beratungen im Bayer. Städtetag planen wir daher mit einer Steigerung des Grundbetrags von 2 %, was aufgrund des durch die Gewerbesteuerkompensation (die mit in die Steuerkraft eingerechnet wird) dann doch guten Basisjahres "nur" 48,1 Mio. EUR ausmacht. Damit werden wir in 2022 dennoch voraussichtlich rund 2,8 Mio. EUR weniger an Schlüsselzuweisungen erhalten als 2021.

Trotzdem kommen für das nächste Jahr unsere Einnahmen nicht den Ausgabensteigerungen hinterher.

Das liegt exemplarisch an den Gewerbesteuereinnahmen, die noch nicht das Vor-Krisenniveau erreichen, geschweige denn, zunehmen. Weitere Mindereinnahmen resultieren aus einem Rückgang des Gemeindeanteils der Umsatzsteuer, der sich aus einem kleineren zu verteilendem "Kuchen" ergibt.

Auf der Ausgabenseite zeigen zwei Positionen sinnbildlich dieses Dilemma auf. Dies sind die um 3,8 % und damit um absolut um 6,4 Mio. EUR steigenden Personalausgaben und die Bezirksumlage, die – auch wenn uns ein gleichbleibender Umlagesatz avisiert wurde – aufgrund der steigenden Umlagekraft um fast 3 Mio. EUR steigt. Kommen nur ein, zwei größere Mehrungen im Verwaltungshaushalt dazu, sieht man anhand dieser wenigen Zahlen, dass da sehr schnell 10 Mio. EUR an Mehrausgaben entstehen können, die, wenn sie nicht durch Mehreinnahmen gedeckt sind, zu einer deutlich niedrigeren Zuführung an den Vermögenshaushalt führen können.



Die Personalausgabensteigerung beruht vor allem auf den bereits verhandelten und erwarteten Tarifsteigerungen sowie auf ca. 75 neuen Stellen durch den noch zu beratenden Stellenplan 2022.

Die größte Herausforderung für den Haushalt 2022 ist es, die erforderliche Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt, aus der die ordentliche Tilgung unserer Kreditverbindlichkeiten bedient werden soll, zu erwirtschaften.

Im nächsten Haushaltsjahr werden wir dieses Ziel nach unserer Planung, so wie auch in diesem Jahr, nicht in vollem Umfang erreichen.

Die Zuführung wird im vorgelegten Entwurf bei 5,2 Mio. EUR liegen, zur erforderlichen Pflichtzuführung von 8 Mio. EUR fehlen 2,8 Mio. EUR. In den Finanzplanungsjahren bessert sich dies deutlich. Ab 2023 wird die Pflichtzuführung wieder klar mit 1,8 Mio. EUR (2023), 5,3 Mio. EUR (2024) und 7,5 Mio. EUR (2025) überschritten.

Für eine höhere Zuführung dürfen wir, anders als 2020, nicht auf eine Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch Bund und Land hoffen. Der Freistaat verweigert sich und verweist auf den Bund, wo man in Koalitionsverhandlungen gefangen ist. Selbst wenn der Freistaat auch ohne den Bund einen Ausgleich gewähren sollte, ist dies von den Hoffnungen so abstrakt, dass eine seriöse Haushaltsplanung nicht darauf setzen kann.

Da wir dennoch in den nächsten beiden Jahren in der Lage sind, durch unsere oben geschilderte positive Rücklagenentwicklung sowohl die zu niedrige Zuführung vom Verwaltungshaushalt auszugleichen, als auch unser Investitionsniveau zu halten, sehe ich unsere finanzielle Leistungsfähigkeit nur vorübergehend als beeinträchtigt an.

"Als ich klein war, glaubte ich, Geld sei das Wichtigste im Leben.
Heute weiß ich, dass es stimmt." (Oscar Wilde)

Die Kunst wird sein, die finanziellen Pandemiefolgen, also unsere Geldsorgen, insbesondere den niedrigeren Einnahmensockel in den nächsten Jahren zu überwinden und ein Long Covid zu vermeiden.

Dies kann durch vorausschauendes und kluges Wirtschaften gelingen, durch Fokussierung auf das Wesentliche sowie Planen und Investieren an den Stellen, die einen Schub aus der Krise für unsere Stadt bedeuten.

Nun, wie macht man dies im Allgemeinen und wie gehen wir bei unserer Haushaltsaufstellung und den Haushaltsberatungen im Konkreten damit um?

Viel ist in den letzten Monaten dazu geschrieben und gesagt worden, wie man am besten aus dieser Krise und wieder auf "normale" Füße kommt, wie man die Zukunft einer Stadt wieder selbstbestimmt und kraftvoll gestaltet.

Hierfür wurden die verschiedensten Ideen und Grundsätze entwickelt[1].

Für mich am Aussichtsreichsten hat sich dabei ein Leitbild entwickelt, das mit folgenden Schlüsseln arbeitet:

- Akzeptanz und Optimismus
- Ziel- und Lösungsorientierung
- Chancen- und Zukunftsorientierung
- Verantwortung

Akzeptanz

Wir müssen die aktuelle Situation akzeptieren, dass unsere Einnahmen noch nicht zum Vorkrisenniveau zurückgekehrt sind. Wir müssen folglich akzeptieren, dass derzeit Ausgabensteigerungen nicht durch Einnahmensteigerungen aufgefangen werden und damit vorerst weniger Geld zum Verteilen verfügbar ist.

Wir müssen ferner akzeptieren, dass wir trotzdem kommunalaufsichtlich wieder wie vor der Krise behandelt werden. Die Verordnung über die kommunalwirtschaftlichen Erleichterungen (KommwEV)[2] hat gem. ihrem § 1 Abs. 1 nur für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 geringere Anforderungen an die dauernde Leistungsfähigkeit der Kommunen gestellt.

[1] Statt Vieler: Die Kunst, in der Krise neu aufzubauen; Herrmann Hill, Speyer, in: Die öffentliche Verwaltung (DÖV) 2021, S. 465 ff.
[2] Verordnung über kommunalwirtschaftliche Erleichterungen anlässlich der Corona-Pandemie von 2020 (KommwEV) vom 1. August 2020 (GVBl. S. 443, BayRS 2020-10-I)

Für das Haushaltjahr 2022 gibt es keine Erleichterungen mehr z. B. bei der genehmigungsfreien Aufnahme von Krediten zum Haushaltsausgleich, von Verpflichtungsermächtigungen oder beim Verzicht auf eine Mindestrücklage.

Der Innenminister macht vielmehr in seinem Schreiben v. 18.08.2021[3] an den Vorsitzenden des Bayer. Städtetags deutlich, dass außerhalb der zeitlich begrenzten Sonderbestimmungen der KommwEV der Maßstab für eine kommunale (Neu-) Verschuldung nach wie vor der Maßstab der dauernden Leistungsfähigkeit bleibt und dass es für Kommunen mit Haushaltsproblemen weiterhin oberstes Ziel bleiben muss, durch Einsparungen einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und eine geordnete Haushaltswirtschaft, bzw. die dauernde Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Eine geordnete Haushaltswirtschaft und die dauernde Leistungsfähigkeit ist von der Rechtsaufsicht ggf. durch geeignete Bedingungen und Auflagen sicherzustellen.

Daher haben wir die zunächst - zugegeben- unangenehme Einsicht zu akzeptieren, dass die Zeit der Erleichterungen vorbei ist und aufsichtsrechtlich wieder alles "normal" laufen wird. Dies bedeutet aber gleichzeitig, unsere aktuellen finanziellen Verhältnisse zu akzeptieren und damit auch, dass die Grenzen des Haushalts nicht beliebig ausgedehnt werden können. Ansonsten riskieren wir seine Genehmigungsfähigkeit.

Optimismus

Neben der Akzeptanz der Situation sollten wir uns eine optimistische Grundhaltung für die Zukunft bewahren. Und Grund zum Optimismus haben wir. Bisher haben wir die Pandemie gut gemeistert und die richtigen Entscheidungen getroffen. Die Infektions- und Krankheitszahlen waren beherrschbar, die Hospitalisierungsrate ebenso. Wir liegen bei der Impfquote in Würzburg über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

Auch wenn wir wieder, wie im letzten Haushaltsjahr und in der letztjährigen mittelfristigen Finanzplanung bei der heurigen Planung unsere Rücklagen fast voll zum Ausgleich des Haushalts und der Finanzplanung einsetzen müssen, verfügen wir Ende des Haushaltsjahres 2022 planmäßig mit rund 28,4 Mio. EUR noch über genügend Mittel, um sowohl die Mindestrücklage i. H. v. EUR 4,7 Mio. EUR als auch die Straßenbahnrücklage in voller Höhe von 17 Mio. EUR vorhalten zu können.

[33] Schreiben v. 18.08.2021, B4-1512-1-253

Die Steuerschätzung und unsere Finanzplanung geben uns zudem die Hoffnung, dass sich unsere finanzielle Situation kontinuierlich und schon 2023 bessert, so dass ab diesem Zeitpunkt wieder mit einer freien Finanzspanne gerechnet werden darf.

Unsere Finanzplanung wird unterstützt durch die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute. Schon in seinem Frühjahrsgutachten ging der Sachverständigenrat der Bundesregierung, die Wirtschaftsweisen, von einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, also einem Wirtschaftswachstum, von 4 % für 2022, gegenüber 3,1 % in diesem Jahr aus.

Die Statistikzahlen wiesen bereits zum 2. Quartal 2021 eine deutliche Erholung der deutschen Wirtschaft und damit deutliche Zuwächse ggü. den Vorjahresquartalen (+ 9,8 %) auf. Die Wirtschaftsleistung im 2. Quartal lag damit nur 3,3 % hinter dem Vorkrisenniveau von 2019[4].

Das DIW rechnete Ende September mit einem Wirtschaftswachstum von 4,9 %[5], das Ifo-Institut, trotz höherer Inflationsraten, sogar mit 5,1 % und damit dem stärksten Wachstum seit der Wiedervereinigung[6]. Die Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober erwartet für 2022 ein Wachstum von 4,8 %[7].

Erst vorgestern hatte ich dazu auch mit Prof. Dr. Peter Bofinger von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Würzburg, einem ehemaligen Mitglied des Sachverständigenrats und immer noch Wirtschaftsweisen telefoniert, der die Einschätzung der Institute voll teilt, insbesondere wenn sich die Angebotsverknappungen lösen, woran er als Marktwirtschaftler glaubt.

Diese Erwartungen werden von den positiven Arbeitsmarktzahlen mit einer Arbeitslosenquote[8] im September von 3,7 % und damit um 0,8 % weniger als im Vorjahresmonat unterstützt.

---

[4] Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2021; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/08/PD21_398_811.html

[5] Pressemitteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. v. 16.09.2021; https://www.diw.de/de/diw_01.c.824920.de/deutsche_wirtschaft_startet_erst_ab_kommendem_jahr_richtig_durch.html

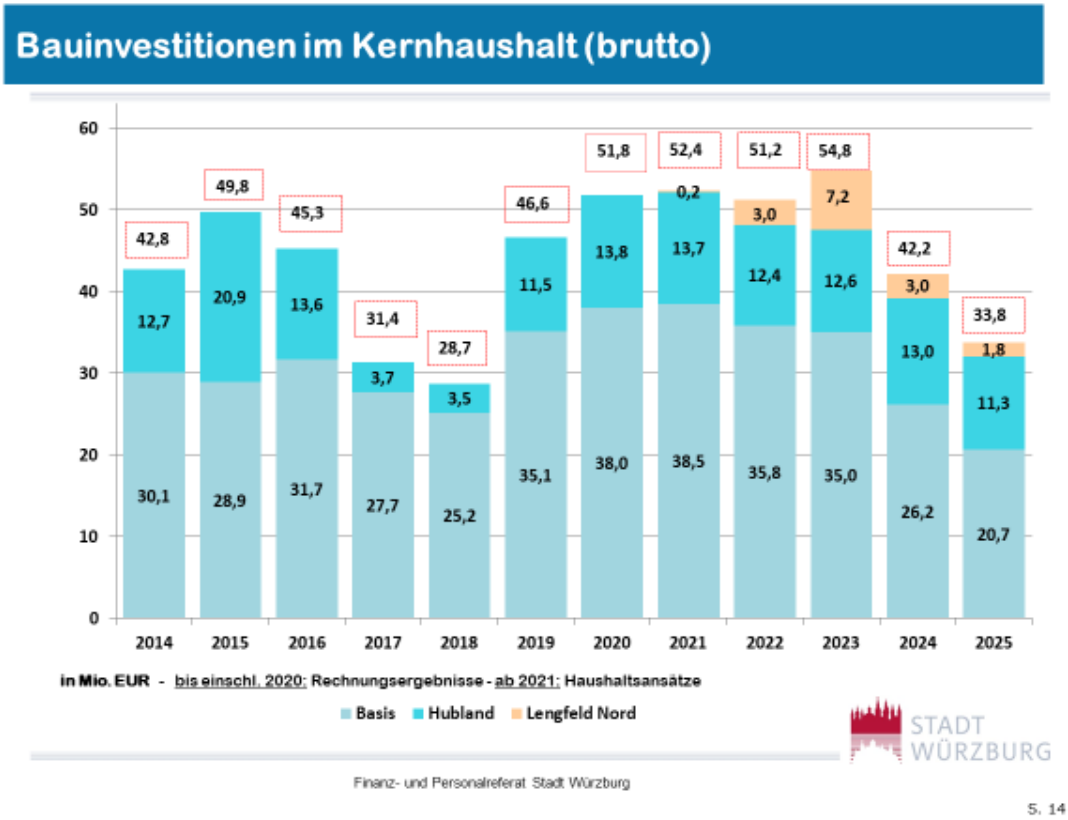
[6] Ifo Konjunkturprognose Herbst 2021; https://www.ifo.de/node/65147

[7] https://gemeinschaftsdiagnose.de/

[8] https://statistik.arbeitsagentur.de/

Ziel- und Lösungsorientierung

Optimismus muss zu einem ziel- und lösungsorientierten Ansatz führen. Wir setzen unsere Projekte, in die bereits viel Gehirnschmalz und Arbeit eingeflossen ist, konsequent fort, vernachlässigen nicht den Unterhalt oder sparen gar durch Investitionsverzögerung gegen die Krise an. Unsere Bauinvestitionen können wir so mit 51,2 Mio. EUR im nächsten Jahr auf einem ansehnlichen Niveau halten.



Wir gehen die nächsten erforderlichen Schritte an, um begonnene Maßnahmen fortzusetzen, wie die Erweiterung von Wirsberg-Gymnasium und Mönchbergschule oder die Umsetzung des Digitalpakts Schule mit 2,0 Mio. EUR. Die Sanierung des Gebäudes 13 am Hubland ist in vollem Gang, fürs nächste Jahr sind hier 2,6 Mio. EUR eingeplant und ebenfalls 1,83 Mio. EUR für den Schadstoffausbau im Gebäude 14, um bei Vorliegen der weiteren Planung und Kostenberechnung mit dem daran angeschlossenen Neubau der Grundschule am Hubland, die mit Gesamtkosten von 15,1 Mio. EUR in der Finanzplanung enthalten ist, zügig starten zu können.

Zielorientiert ist es auch, den Ausbau der Matthias-Ehrenfried-Straße / Sanderroth-straße mit 1,0 Mio. EUR und den aktuellen Bauabschnitt der Nürnberger Str. mit 0,7 Mio. EUR abzuschließen, genauso wie die auf einem Verkehrskonzept beruhende Erneuerung der Siligmüllerbrücke mit 3,6 Mio. EUR.

Der Umbau des Sozialzentrums in der Sedanstraße 13 geht weiter und es wird, auch wenn wir zeitlich nicht mehr in das 4. Sonderinvestitionsprogramm und damit in eine um 35 % höhere FAG-Förderung hineinfallen, kräftig die Kinderbetreuung mit der Kita an der Sternwarte mit Gesamtkosten von 6,1 Mio. EUR und der Modul Kita am Straßburger Ring mit Gesamtkosten von 3,35 Mio. EUR ausgebaut. Finanziert ist auch die Erweiterung der Kita an der Löwenbrücke mit Gesamtkosten von 1,6 Mio. EUR und der Zuschuss für die Kita am Schattbergweg mit 1,0 Mio. EUR.

Neben der Parcours Anlage wird im Stadtteil Lindleinsmühle mit der Neugestaltung des Quartiersplatzes um die Pfarrkirche St. Albert ein gewichtiger Schwerpunkt gesetzt, der aus dem Sonderfonds "Innenstädte beleben" gefördert wird und insgesamt 1,9 Mio. EUR kosten soll, wofür nächstes Jahr bereits 0,4 Mio. EUR eingeplant sind.

Der Haushalt braucht auch Kraft, die Generalsanierung des Mainfrankentheaters zu finanzieren. Die gestiegenen Gesamtkosten führen mittelbar auch zu einer weiteren Belastung des Kernhaushalts aufgrund des erhöhten Schuldendienstes. Allein die Tilgungszuschüsse steigen in den kommenden Jahren auf über 1 Mio. EUR jährlich und belasten unseren Haushalt über Jahrzehnte.

Zur Lösungsorientierung gehört es auch, nach dem für den 1. Teilabschnitt erfolgreich abgeschlossenen Vergleich zu den Tiefgaragen am Heuchelhof, Rückbau und Verfüllung konsequent mit Gesamtkosten von 6,16 Mio. EUR, beginnend mit 0,5 Mio. EUR im nächsten Jahr, durchzufinanzieren.

Auch wenn das Thema der Tiefgaragen aufgrund seiner jahrelangen Verschleppung in der Vergangenheit nicht zielgerichtet angegangen wurde, bedeutet Lösungsorientierung hierbei nunmehr die Kraft, mit diesem Vergleich als Blaupause an die Teileigentümer des 2. Abschnitts heranzutreten, was noch für den Dezember diesen Jahres geplant ist.

Um eine Lösung für den dringenden Bedarf der Mittelschulen zu finden, ist die Generalsanierung der Pestalozzi-Schule mit Gesamtkosten von 4,8 Mio. EUR eingeplant.

Der Verkehrswende wird durch die Ansätze beim Radverkehr deutlich Rechnung getragen. Der Radwegepool wurde mit 0,25 Mio. EUR angesetzt, neben 3,0 Mio. EUR für die Fortsetzung des Ausbaus der Radachsen 3 und 4. Mit der Einplanung der Fahrradabstellanlage am Hauptbahnhof erhöhen sich die Ausgabemöglichkeiten des Unterabschnitts Radwege um rund 1,5 Mio. EUR gegenüber dem aktuellen Jahr, wofür auch der gut 0,3 Mio. EUR höhere Abgleich spricht.

Keiner braucht zudem die Befürchtung zu haben, dass der Klimaschutz als referatsübergreifendes Thema in der nächstjährigen Haushalts- und Finanzplanung zu kurz kommt.

Wir haben von Seiten der Kämmerei überschlägig und ohne ins Detail zu gehen, in der Haushalts- und mittelfristigen Finanzplanung Gesamtausgaben von 67,7 Mio. EUR identifiziert, die direkt mit dem Klimaschutz zusammenhängen. Auf das Jahr 2022 fallen davon allein ca. 15,3 Mio. EUR. Darunter fallen Dachdämmungen und Hitzeschutz in Verwaltungsgebäuden genauso wie Neubauten nach dem KfW-40 Standard, die für Radwege anzukaufenden Flächen, Zuschüsse zum Ausbau der Mobilstationen, Ausgleichsmaßnahmen und die Herstellung von Grünflächen, die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, das Lastenradmietsystem, der Investitionskostenzuschuss an die WSB zum Ausbau der Strabalinien 1/5 u. v. m.
Zahlen, die sich sehen lassen können!

Im weiteren Sinne gehört dazu auch der Ersatzneubau für das Quellenbachparkhaus, an dem in der Verwaltung seit langem gearbeitet wird. Mit dem letter of intent vom 25. Januar 2017 wurde hierfür ein wichtiger Grundstein gelegt. Bis zum Jahr 2021 haben wir hierfür 4,0 Mio. EUR "angespart". Durch die Schließung des alten Quellenbachparkhauses aus statischen Gründen hat die Notwendigkeit, Ersatz zu schaffen, neue Fahrt aufgenommen. Die vertraglichen Grundlagen sind erarbeitet und stehen vor dem Abschluss. Mit der Investition in dieses neue Parkhaus werden nicht nur für den Verwaltungshaushalt wichtige Pachteinnahmen generiert, sondern auch weitere für die Innenstadt wichtige Parkmöglichkeiten geschaffen.

Insofern freue ich mich sehr, dass die Initiative "Besser Leben im Bischofshut" dieses so wichtige Projekt aufgreift und die Bedeutung der für die Umsetzung notwendigen Restfinanzierung heraushebt. Denn ohne neue Stellplätze zu schaffen, wird es für die Erreichbarkeit der Innenstadt schwierig sein, vorhandene Stellflächen wegzunehmen.

Wir dürfen für uns als Stadt Würzburg bei allen Themen der Stadtentwicklung wichtige und ambitionierte Ziele setzen. Die Zielsetzung sollte dann aber auch mit einer Folgeabschätzung einhergehen. Der ÖPNV Workshop am 30.10. bietet die Chance, wenigstens zu den wichtigsten Mobilitätsprojekten eine solche Folgeabschätzung zu machen. Diese sollten wir nutzen und gemeinsam entscheiden, was wir uns dann leisten können.

Chancen- und Zukunftsorientierung

Thomas v. Aquin sagte einmal: "Für Wunder muss man beten, für Veränderung aber arbeiten."
Anhand einiger Schwerpunkte möchte ich aufzeigen, dass der Haushalt 2022 und seine Finanzplanung Chancen ergreift und intensiv an Veränderungen arbeitet.

Eine schubladenfertige Idee und die Inanspruchnahme des mit einem Fördersatz von 80 % versehenen Programms "Innenstädte beleben" machen es möglich, den Bereich um den Brückenkopf der Alten Mainbrücke am Grafeneckart städtebaulich neu zu gestalten, Bäume zu pflanzen und damit zu einer wichtigen Attraktivierung der durch die Pandemie gebeutelten Innenstadt zu verhelfen. Gesamtkosten von 1,7 Mio. EUR in den nächsten drei Jahren stehen Fördermittel von 0,96 Mio. EUR gegenüber.

An der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zur Linie 6 wird verwaltungsintern fleißig gearbeitet. Eine Lenkungsgruppe steuert alle zwei Wochen mit prominenter Beteiligung das Projekt. Die enormen städtebaulichen Chancen, die diese Linienerweiterung bietet, werden durch Einplanung von 0,6 Mio. EUR für einen städtebaulichen Wettbewerb abgebildet.

Zur Chancenerwartung im Sinne des oben Gesagten gehört auch die Akzeptanz, dass entlang der Strecke eine Stadtplanung aus einem Guss erfolgen muss und dass Flächen wie der Kardinal-Faulhaber-Platz nach Ansicht von Fachleuten als wichtige Flächen für die Baustelleneinrichtung und den Materialumschlag gebraucht werden

könnten und daher erst im Zuge des Baufortschritts der Linie 6 umgesetzt werden sollten. Bis hierüber keine Klarheit herrscht, wurden in den Haushalt, auch um dessen Ausgleich zu erleichtern, ab 2022 keine Mittel mehr eingeplant. Die Chance, fehl zu investieren, ist zu groß.

Verantwortung

Liege Kolleginnen und Kollegen, wer ernten will, muss auch säen, so lautet ein altes Sprichwort.

Nur durch Säen kann man – ungeachtet allen Bangens – Erfolg beim Ernten haben!

Die oben genannten Zahlen zeigen eindringlich die Bedeutung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für unsere städtischen Finanzen. Man sieht, dass die Einkommensteuererwartung nur mit 4,5 Mio. EUR und damit mit 5 % hinter unserer Gewerbesteuererwartung liegt. Sicherlich ist die Gewerbesteuer durch gute Bestandspflege und Ansiedlungen auch steuerbar; im Wesentlichen ist sie aber von der Geschäftsentwicklung und dem Gewerbeertrag abhängig. Die Einkommensteuer ist hingegen weniger volatil, besser planbar und durch Einwohneransiedlung auch besser beeinflussbar.

Um Einwohner zu gewinnen, Wohnraum für ca. 1.700 Menschen zu schaffen, aber auch Gewerbe anzusiedeln, ist daher das weitere Vorantreiben der Baugebiete Lengfeld Nord eine wesentliche Chance für unsere Stadt. Die zu erwartende Ernte rechtfertigt das kurzfristige Aufnehmen von 39,3 Mio. EUR Schulden in den nächsten beiden Haushaltsjahren, die durch die Grundstücksverkäufe wieder getilgt werden sollen.

Der Erfolg gibt uns bisher Recht. Im Gebiet Lengfeld 22 b konnten in den ersten Wochen bereits 52 % der notwendigen Flächen angekauft oder gebunden werden, im Gebiet Carl-Orff-Str. sind es bisher 23 %. Allerdings ist die dortige Eigentümerstruktur auch anders geprägt und Baurecht kann es nur geben, wenn die notwendigen Flächen im Besitz der Stadt sind.

Ernten können wir an Attraktivität, Aufschwung und wirtschaftlichem Effekt für unsere Stadt auch durch die Umsetzung des Eckpunktebeschlusse für die Multifunktionsarena. Die Ansätze sind, so wie im Eckpunktebeschluss vorgesehen, im Haushalt eingeplant.

Natürlich stellt dies einen enormen Kraftakt dar. Wir dürfen aber nicht vergessen, wie lange diese Arena schon ein Ziel der Stadt ist, wie lange wir daran arbeiten, wie oft der Stadtrat diesem Projekt seine Unterstützung ausgesprochen hat und wie lange die Halle auch in unserer Haushaltsplanung vorgesehen war, im Ursprungsplan 2020 sogar mit höheren Beträgen als dies für 2022 vorgesehen ist. Es handelt sich damit um eine Fortsetzungsmaßnahme. Trotz des mir vollständig bewussten Kraftaktes, gehört es aber zu unserer Verantwortung, nun die Chance auf Realisierung der Halle zu ergreifen, nicht zu zaudern und bei einer Saat von 16 Mio. EUR den Ernteerfolg von den insgesamt 35 Mio. EUR an privat erbrachten oder aus dem Betrieb zu erbringenden Geldern einzufahren und eine jährliche Wertschöpfung der Halle im laufenden Betrieb von 11,67 Mio. EUR zu generieren.

Es gehört zu unserer Verantwortung, sich dieser enormen Aufgabe bewusst zu sein und dieses mit einer sehr hohen Realisierungschance versehene Projekt nicht hinter Konzepte und Luftschlösser zu stellen, die lange nicht so durchgearbeitet sind und auf solch seriösen Füßen stehen wie die Multifunktionsarena.

Beide Projekte zeigen exemplarisch, dass unsere Haushaltsplanung zukunftsorientiert ist. Denn wir nehmen eine durchdachte und umsichtige Zukunftsplanung vor, in dem wir für Einwohnerwachstum und für wirtschaftliche Wertschöpfung sorgen.

Denn, wie gesagt, wer ernten will, muss auch säen. Oder anders gesagt und auch im Bundestagswahlkampf sehr prominent auf den Punkt gebracht: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften!

Unser Haushalt folgt zum Neuaufbau nach der Krise dem Muster von Balance und bewusster Bewegung.

Balance zu halten erfordert die Erkenntnis, dass politische Ziele in ihrer Erreichung immer limitiert durch Finanzen und das Leistungsvermögen öffentlicher Haushalte sind. Diese Limitierungen zu erkennen, gehört ebenso zur Nachhaltigkeit wie Ressourcenschonung und Klimaschutz.

Denn es ist nicht nachhaltig, späteren Generationen so viele finanzielle Belastungen zu hinterlassen, dass ihre Spielräume völlig erschöpft sind, bzw. mühsamst zurückerobert werden müssen oder erst dann wieder entstehen, wenn irgendjemand generös die Problematik von Altschulden löst.

Bewegung nach vorne setzt ihrerseits voraus, finanzielle Risiken nicht auszublenden, dennoch neue Chancen und Möglichkeiten erkennen und diese dann aktiv und mutig zu ergreifen.

Spannungen werden dabei nicht ausbleiben, denn wenn das Geld knapp ist, drohen Verteilungskämpfe. Solche zu vermeiden muss unser Ziel sein. Wie immer geht es dabei nicht um das Ausspielen von Themen oder gar von Stadtteilen gegeneinander. Es geht vielmehr immer um die Abwägung und einen sinnvollen sowie ausgewogenen Ressourceneinsatz.

Besser, als Vorhaben, die man für sinnvoll und wichtig erachtet, nicht "ausbremsen" zu müssen, ist es, solche Projekte dann erst gar nicht anlaufen zu lassen. Dies entschärft den Druck auf den Haushalt ungemein.

Und bei allem darf auch das Augenmaß nicht fehlen. So wie der Innenminister in seinem oben zitierten Schreiben die Rechtsaufsichtsbehörden bittet, auch die örtlichen Besonderheiten und das notwendige Augenmaß in ihre Entscheidungen mit einfließen zu lassen, ist auch von unserer Seite das notwendige Augenmaß gefordert.

Dieses Augenmaß haben bei der Aufstellung des Haushalts erneut die Kolleginnen und der Kollege aus der Kämmerei bewiesen. Allen voran Frau Monika Hecht, deren letzter Haushaltsplan es sein wird.
Liebe Frau Hecht, schon an dieser Stelle sei gesagt, dass uns Ihnen Ihre äußerst kompetente, fleißige, zuvorkommende und gewissenhafte Art, Ihr Humor und die Zusammenarbeit mehr als fehlen wird. Die Finanzen der Stadt waren bei Ihnen jederzeit in guten Händen. Dafür kann Ihnen gar nicht genug gedankt werden.

Neben Frau Hecht sei den Kolleginnen Maihofer, Brand, Herbert und Schwab sowie dem Kollegen Hess sehr herzlich gedankt, genauso wie unserem schlagkräftigen Vorzimmer mit Frau Langer und Frau König. Was wäre ein Haushalt ohne Sie Alle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir freuen uns auf die Haushaltberatungen mit Ihnen. Machen wir die Haushaltsberatungen 2022 zu solchen, die Balance wahren und Bewegung zeigen. Ich bin zuversichtlich, dass wir so gut aus der Krise kommen und "Long Covid" vermeiden.

Würzburg, 21. Oktober 2021
Robert Scheller
rechtsk. berufsm. Stadtrat und Stadtkämmerer